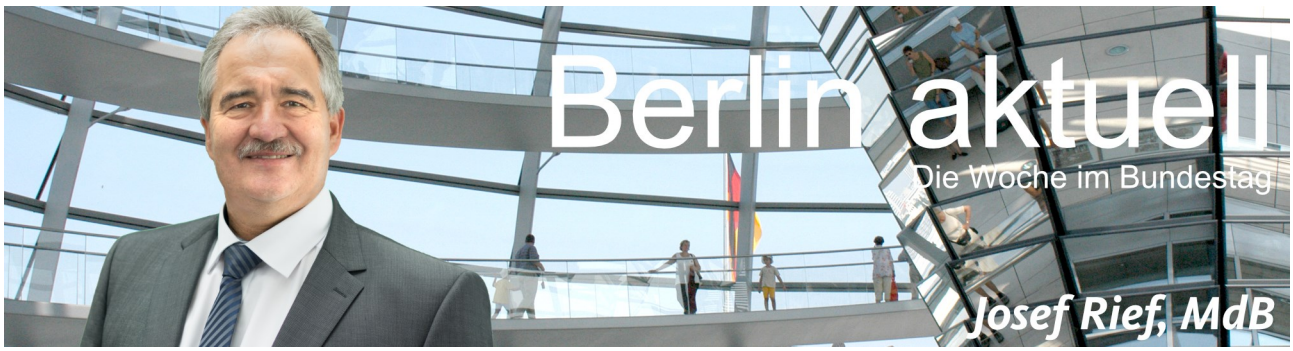

Palästinensischer Terror: Deutschland steht an der Seite Israels

Friedrich Merz: Existenzrecht Israels verteidigen

Deutschland steht unverbrüchlich an der Seite Israels, auch und besonders in Zeiten von Krieg und Terror. In der Bundestagsdebatte zu dem barbarischen Überfall der palästinensischen Hamas sicherte CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz dem jüdischen Staat die Unterstützung der Bundesrepublik zu: „Israel ist stark. Es liegt jetzt an uns, ein starker Verbündeter Israels zu sein."

Schweigeminute im Deutschen Bundestag für die Opfer der Terrorattacke in Israel

Aus Anlass der beispiellosen Terrorattacke vom vergangenen Samstag, bei der hunderte Israelis auf bestialische Weise getötet, verwundet oder verschleppt wurden, gab Bundeskanzler Olaf Scholz eine Regierungserklärung im Bundestag ab. An der sich anschließenden Debatte – wie an der Schweigeminute zur Eröffnung des Plenums am Tag zuvor – nahm der israelische Botschafter Ron Prosor teil. Er war auch Anfang der Woche in der Unionsfraktion zu Gast gewesen, um die Lage in Israel zu erläutern.

Merz erinnerte in seiner Rede daran, dass die Sicherheit und das Existenzrecht Israels Teil der deutschen Staatsräson sind: „Mit dieser Zusage wird es nun ernst." Israel habe ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung. Deutschland trage herausragende Verantwortung für den Schutz und die Freiheit des jüdischen Staates. „Unsere Solidarität darf keine Risse bekommen, auch dann nicht, wenn Israel das Notwendige tut, um seine Sicherheit wiederherzustellen."

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt rief ebenfalls dazu auf, das Existenzrecht Israels „nicht nur in Worten, sondern auch in Taten" zu verteidigen. Für Deutschland gebe es nur den Platz an der Seite Israels, in einer „Freundschaft der mutigen Tat". Je stärker der Angriff auf das Existenzrecht Israels sei, desto stärker sei auch die Unterstützung Deutschlands für **Seite 2**

Gespräch mit dem Botschafter Armeniens

Wir leben in einer Zeit, die von Krisen geprägt ist. Der schreckliche Terrorangriff auf Israel dominiert die Debatten der Woche. Der russische Angriff auf die Ukraine geht unterdessen weiter. Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Bergkarabach, führte zur Flucht von 100.000 Menschen. Josef Rief sprach als Mitglied der Deutsch-Südkaukasischen Parlamentariergruppe mit dem Armenischen Botschafter in der Bundesrepublik, Viktor Yengibaryan, über die Situation in der Region. Der Botschafter informierte, dass nunmehr lediglich 50 Armenier dort verblieben sind.■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

den jüdischen Staat.

Kategorisch unterbinden will die CDU/CSU-Fraktion Sympathiebekundungen für die Hamas und andere militante Palästinensergruppen in Deutschland. „Wir schämen uns, dass auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert wird“, sagte Merz. „Unser demokratischer Staat darf solche Zustände nicht dulden.“ Der Fraktionsvorsitzende sprach sich für ein Verbot von Vereinen aus, die die Hamas unterstützen. Auch dürften sie kein Geld des deutschen Steuerzahlers erhalten. Dobrindt sagte, für die Unterstützer von Terror gebe es „keinen Millimeter Toleranz“.

Als außenpolitische Konsequenz aus dem Terrorüberfall forderte Merz von der Bundesregierung, dass die „Iran-Politik endlich von allen Illusionen befreit wird“. Denn Ziel des Mullah-Regimes in Teheran sei es, den Staat Israel vernichten. Der CDU-Politiker Armin Laschet warb für eine „Zeitenwende im Nahen Osten“. Deutschland müsse diejenigen Golfstaaten unterstützen, die mit Israel kooperierten, die auf Frieden, religiöse Toleranz und Freihandel setzten. Laschet erinnerte daran, dass auch Saudi-Arabien sich Israel in jüngster Zeit angenähert habe. Die „Zerstörung dieser Friedenshoffnung“ sei Anlass für die Hamas gewesen, gerade jetzt zuzuschlagen. ■

Aktion Nachhaltigkeit.

Am Donnerstag debattierte der Bundestag das Thema Nachhaltigkeit. Dies nahm die CDU/CSU-Fraktion zum Anlass, mit einer Aktion auf das Thema aufmerksam zu machen. Als Symbol für die Verpflichtung zu einer nachhaltigen Politik wurden Nistkästen verteilt, welche die Abgeordneten in ihre Wahlkreise mitnehmen und dort aufstellen können. Nistkästen dienen Vögeln im Frühjahr als Bruthilfe. Sie sind aber auch im Winter ein schützendes Heim – nicht nur für Vögel, sondern auch für kleine Säugetiere oder Insekten. ■

Geschwister-Scholl-Realschule in Berlin

Das haben wir nicht alle Tage im Bundestag. Mit gut 100 Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrkräften hat eine Gruppe der Geschwister-Scholl-Realschule aus Riedlingen Josef Rief im Parlament in Berlin besucht. Im Gespräch ging es um aktuelle Themen wie die von der Bundesregierung geplante Cannabis-Legalisierung, die von der CDU/CSU-Fraktion wegen der Gefahren gerade für junge Menschen abgelehnt wird. ■